

ten und sie durch einen sachlichen Bericht und durch Zeugen zu stützen, oder aber man muss den Mut aufbringen, um offen und ehrlich eine Unsicherheit oder sogar auch einen Irrtum einzugestehen.

Herr Jablonowski geht etwas ausführlicher auf die Haltung von Frau Professor Woltner ein, aber nur, um zeigen zu können, wie Herr Professor Steinitz durch sie in grösste Verlegenheit geriet (was aber leider nicht geschah), und um scheinbar unversehens herauszustellen, wie bedeutend für ihn eine Unterstützung durch mich sein musste. Das zeigt, dass Herr Jablonowski die eigentlichen Zusammenhänge gar nicht überblickte. Es waren nämlich in dieser Debatte die formelle und die sachliche Seite der Relegation getrennt worden. Frau Professor Woltners Forderung "Wandel muss gehen" bezog sich auf die von allen nichtkommunistischen Universitätsangehörigen verurteilte Form der Relegation, denn Herr Wandel hatte dabei die Universität übergangen. Nur aus diesem Grunde waren die Anwesenden der Aufforderung des "führenden kommunistischen Professors" zur Debatte gefolgt. Wie ich in meinem Brief an Herrn Professor Frhn. v. Kress ausdrücklich betont habe, war auch ich von der formalen Unrechtmässigkeit der Relegation überzeugt. Herr Jablonowski geht darauf gar nicht ein und, indem er diese saubere Trennung nicht vollzieht, die durch die Tatsachen gegeben ist, möchte er wieder ganz unversehens zu einer Folgerung verleiten: nämlich, ich hätte in diesem Punkt Herrn Professor Steinitz unterstützt. Durch seine verschwommene Ausdrucksweise will Herr Jablonowski über die Unbeweisbarkeit seiner Behauptung hinwegtäuschen. Dieses Vorgehen ist eines Historikers unwürdig.

Um das Vorgehen der Zentralverwaltung für Volksbildung gegenüber den erheblichen und nicht zurückzuweisenden Vorwürfen der Anwesenden wegen der Übergehung der Universität zu erklären, ging Herr Professor Steinitz auf die Ursachen der Relegation ein. Niemand von den Anwesenden hat wegen des Anlasses für die Relegationen sachliche Einwendungen erhoben, zumal Herr Stolz schon wegen seiner ungehörigen Handlungsweise Herrn Professor Hartung gegenüber in unserer Fakultät in keinem guten Ansehen stand. Der Zeitungsartikel, auf Grund dessen Herr Stolz relegiert wurde, steht mir nicht zur Verfügung (Die Neue Zeitung vom 4.3.48). Die Colloquium-Artikel, die in diesen Zusammenhang gehören, füge ich bei (Anlage 33). - Wenn Herr Jablonowski in der sachlichen Erörterung ein Ablenkungsmanöver sah, so hätte er eigentlich sein "eisiges Schweigen" brechen müssen. Er hätte das auch ohne Gefahr tun können, da es sich dabei nur um eine Frage zur Geschäftsordnung gehandelt hätte, und Frau Professor Woltner, ohne verhaftet worden zu sein, wirklich zentrale und gefährliche Fragen offen zu diskutieren gewagt hat. Diese nachträgliche Diskussionsbereitschaft des Herrn Jablonowski macht sein damaliges "eisiges Schweigen" und seine Passivität im Osten nicht gut. Er müsste sich selbst eingestehen, nun auch im Westen kein Recht zur Diskussion der östlichen Fragen zu haben.

Indem sich Herr Jablonowski an die in seiner Erklärung von ihm geäusserten schweren Beschuldigungen nicht mehr hält und sie nicht durch Zeugen seinem Rektor gegenüber erhärtet, ist in seinen, den Kern der Sache nicht berührenden Ausführungen eine Revokation zu sehen. Er hat es wohl auch selbst festgestellt, dass es darauf hinauslief und hat nun, um nicht offen als Verleumder dazustehen, zwei weitere Argumente gegen mich aufgegriffen. Diese neuen Vorwürfe entstammen nicht seinem eigenen Erfahrungsbereich.

Herr Jablonowski wirft mir mein Hintreten für den "1. kommunistischen Volkskongress" 1947 vor. Hierzu ist folgendes zu sagen: Im November 1947 wurde ich als Vorsitzender des Studentenrates im Auftrage des Rektors von seinem Referenten, Herrn Dr. Brandenburg, aufgefordert, den Studentenrat zu einer Sondersitzung einzuberufen, damit er Gelegenheit habe, noch rechtzeitig die Frage zu behandeln, ob auch die Studentenschaft Vertreter zu dem auf den 1. Dezember einberufenen sogenannten Volkskongress entsenden solle. Ich weigerte mich zunächst mit der Begründung, dass der Studentenrat sich nicht noch unnötig in politische Fragen hineinziehen lassen solle. Herr Dr. Brandenburg warf jedoch ein, dass der Rektor eine Stellungnahme wünsche und der Studentenrat satzungsgemäss den Wünschen des Rektors nachzukommen habe. Da dieses Argument nicht diskutierbar war, hielt ich nur entgegen, dass man sich eine Diskussion dennoch ersparen könne,